

Nachhaltige Entwicklung

-

Fachbericht über verschiedene Konzepte
und mögliche Handlungsfelder für die Stadt Zug

Zug, 27. Juni 2002

Inhaltsverzeichnis

1	<i>Einleitung</i>	3
2	<i>Definition</i>	3
3	<i>Konzepte und Bemühungen zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung</i>	3
3.1	<i>WHO - GESUNDE STÄDTE</i>	4
3.2	<i>AGENDA 21</i>	6
3.3	<i>UMWELT-MANAGEMENT-SYSTEM - ISO 14001</i>	8
3.4	<i>SOCIAL ACCOUNTABILITY STANDARD - SA8000</i>	9
3.5	<i>BEZIEHUNGEN DER VIER KONZEPTE ZUEINANDER</i>	11
4	<i>Nachhaltige Entwicklung und die Stadt Zug</i>	11
5	<i>Handlungsfelder für die Stadt Zug</i>	14
6	<i>Literaturverzeichnis</i>	16

1 Einleitung

Es liegt in der Aufgabe jeder Regierung ihre Verantwortung für die soziale, wirtschaftliche und ökologische Entwicklung wahrzunehmen. Lokale, nationale und internationale Bestrebungen hin zu einer nachhaltigen Entwicklung sind daher nicht neu. In den vergangenen Jahrzehnten wurde die Welt jedoch stärker als je zuvor mit der Tatsache konfrontiert, dass Armut, Hunger, Krankheit und Analphabetismus um sich greifen und dass die Ökosysteme, von denen unser Wohlergehen abhängt, immer mehr in Mitleidenschaft gezogen werden. Um diesen Missständen zu begegnen, wurden neue Konzepte erarbeitet. Sowohl auf internationaler, nationaler als auch auf lokaler Ebene entstand eine neue Dynamik, sich der drängenden Probleme anzunehmen und verstärkt auf eine nachhaltige Entwicklung hin zu arbeiten.

In diesem Bericht wird zunächst das Thema „Nachhaltige Entwicklung“ erörtert. Anschliessend wird darauf eingegangen wo die Stadt Zug in Bezug auf dieses Thema steht und welche Handlungsmöglichkeiten sich anbieten.

2 Definition

Es existieren zahlreiche Definitionen von nachhaltiger Entwicklung. Entsprechend vielfältig ist die Verwendung des Begriffs in der aktuellen politischen und wissenschaftlichen Diskussion. 'Nachhaltigkeit' steht ursprünglich für eine forstwirtschaftliche Regel: Um einen Wald langfristig stabil nutzen zu können, dürfen nicht mehr Bäume geschlagen werden, als nachwachsen können. Allgemeiner ausgedrückt sollen einem System nicht mehr Ressourcen entzogen werden, als es zu seiner Regeneration benötigt. Seine richtungsweisende Bedeutung erhielt der Begriff 'nachhaltige Entwicklung' als er im Schlussbericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (Brundtland-Bericht, 1987) weltweit Beachtung fand. Darin wird der Begriff wie folgt definiert:

„Nachhaltig ist eine Entwicklung, wenn sie gewährleistet, dass die Bedürfnisse der heutigen Generation befriedigt werden, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zur Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse zu beeinträchtigen“.

Eine nachhaltige Entwicklung basiert auf den drei Pfeilern soziale Solidarität, wirtschaftliche Effizienz und ökologische Verantwortung. Diese drei Pfeiler sind gleichwertig zu behandeln, und kein Bereich darf sich auf Kosten der beiden anderen entwickeln (Bundesamt für Statistik, 1999, p. 7).

3 Konzepte und Bemühungen zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung

In den vergangenen Jahren sind verschiedene Konzepte zur Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung entstanden. Einige dieser Konzepte decken Teilbereiche andere die gesamte

Spannweite einer nachhaltigen Entwicklung ab. In der Folge werden nachstehende Konzepte vorgestellt:

- WHO - Gesunde Städte
- Agenda 21
- Umwelt Management System - ISO 14001
- SOCIAL ACCOUNTABILITY STANDARD - SA8000

3.1 WHO - Gesunde Städte

Entstehung und Entwicklung

Anlässlich der WHO-Weltkonferenz 1977 wurde das Projekt „Gesunde Städte“ erstmals unter dem Titel „Gesundheit für alle“ definiert. In den darauffolgenden Jahren unterzeichneten über 22 Staaten eine Grundsatzerklärung, die „Alma-Ata-Deklaration 78“ zur primären gesundheitlichen Grundversorgung der Menschheit auf der ganzen Welt. Die WHO-Strategie „Gesundheit für alle“ hat sich zum Ziel gesetzt, den Menschen ein besseres Mass an Gesundheitsmöglichkeiten zu geben. 1986 ist als Antwort die „Ottawa Charta“ zur Gesundheitsförderung entstanden. Sie definiert in 38 Punkten verbindliche Verbesserungsstrategien, welche von der Lebenserwartung und der Säuglingssterblichkeit über die Förderung ökologischer Programme bis hin zur Qualitätssicherung in der Vorsorge reicht. Das eigentliche WHO-Programm „Gesunde Städte“ wurde 1986 in 11 europäischen Städten lanciert und ist Ausdruck der Umsetzung der WHO-Strategie „Gesundheit für alle“ auf kommunaler Ebene. In Europa etablierte sich das Projekt schnell und wuchs bald zu einem in mehreren Dutzend Städten etablierten und regional gut strukturierten Programm. In anderen Regionen der Welt fasste der Gesunde Städte-Ansatz jedoch nur schwer Fuss und es fehlte an einer effektiven Promotion des Projekts. Als Antwort darauf lancierte der Globale Entwicklungsausschuss (MDC) der WHO 1995 ein neues interregionales Programm bezüglich Gesunder Städte, mit dem Ziel, in allen Regionen der Welt ein umfassendes Gesunde Städte Programm zu implementieren. Das Projekt weitete sich seither rasch aus und umfasst heute weltweit über 1500 Städte sowohl in Industriestaaten als auch in Entwicklungsländern.

In der Schweiz erwogen anfangs der 90er-Jahre einige Schweizer Städten wie z.B. Bern und Genf dem WHO-Programm Gesunde Stadt beizutreten.

Definition und Ziele

„Eine gesunde Stadt verbessert kontinuierlich die physische und sozialen Lebensbedingungen und fördert die Entfaltung gemeinschaftlicher Aktionen- und Unterstützungsformen; beides mit dem Ziel, die Menschen zur wechselseitiger Unterstützung in allen Lebenslagen zu befähigen und ihnen damit die maximale Entfaltung ihrer Anlagen zu ermöglichen.“ (WHO, 2002a)

Das Gesunde Städte Projekt richtet sein Augenmerk auf die Erkenntnis, dass Gesundheit durch eine Veränderung der Lebensbedingungen erzielt werden kann. Unsere Lebensbedingungen sind bestimmt durch physische, ökologische, soziale und wirtschaftliche Faktoren, die unsere Gesundheit beeinflussen bzw. bestimmen. Das Zuhause, die Schule, das Quartier, die Arbeitsstelle, die Stadt sind die Orte bzw. die Settings, in denen die Menschen leben und arbeiten. Der Gesundheitszustand einer Person wird häufig mehr durch die Bedingungen in diesen Settings als durch das Vorhandensein von Gesundheitseinrichtungen bestimmt (WHO, 2002b).

Das Ziel des Gesunde Städte Projekts ist es, das Thema Gesundheit zu einem Anliegen der Entscheidungsträger in den Städten zu machen und eine starke Lobby für die Anliegen der Gesundheitsförderung auf lokaler Ebene zu schaffen. Das Projekt soll ein wirkungsvolles Hilfsmittel sein, um Politiken und Programme, die auf den Grundsätzen von „Gesundheit für alle“ und der Lokalen Agenda 21¹ beruhen, umzusetzen. Sodann sollen innovative Interventionen, die alle Aspekte von Gesundheit und Lebensumständen ansprechen, mit dessen Hilfe lanciert werden (WHO, 2002b).

Obwohl der Ausgangspunkt von Gesunde Städte die Gesundheit ist, beruht das Projekt auf dem Grundsatz der guten urbanen Regierungsführung (Good Governance), welche ein umfassendes politisches Engagement, intersektorielle Planung, Vernetzung, Partizipation der Bevölkerung und Monitoring sowie Evaluation beinhaltet (WHO, 2002c).

Merkmale einer gesunden Stadt gemäss dem WHO-Projekt

1. Saubere, sichere, physische Lebensbedingungen mit einer hohen Qualität (einschliesslich Wohnqualität).
2. Eine ökologische gut ausgewogene Umwelt inmitten eines globalen Ökosystems, das sich auf lange Sicht selbst erhalten kann.
3. Starke, sich gegenseitig unterstützende und sich untereinander nicht ausbeutende Gemeinschaften/Nachbarschaften.
4. Ein hohes Mass an öffentlicher Teilhabe an und Kontrolle über die Entscheidungen, die das Leben, die Gesundheit und das Wohlbefinden beeinflussen.
5. Die Gewährleistung der Grundbedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen in Bezug auf Wasser, Unterkunft, Einkommen, Sicherheit, Arbeit.
6. Zugang für alle zu einer breiten Vielfalt an Kenntnissen, Erfahrungen und Dienstleistungen mit der Möglichkeit zu mannigfaltigen Kontakten, Interaktionen und Kommunikation.
7. Eine vielfältige, vitale und innovative Stadt-Ökonomie.
8. Förderung der Verbundenheit mit der Vergangenheit, mit dem kulturellen und biologischen Erbe und mit anderen ethnischen Erfahrungen, Gruppen und Individuen.

¹ Die Lokale Agenda 21 wird unter 4.2 erläutert

9. Ein Stadtmodell und eine Regierungsform, die selber zu den oben genannten Parametern passen und diese positiv verstärken.
10. Ein optimales für jedermann (und jede-frau) zugängliches Mass an öffentlicher Gesundheits- und Krankheitsversorgung.
11. Hoher Gesundheitszustand sowohl im Sinne eines hohen positiven Gesundheitsstatus (Wohlbefinden) als auch im Sinne eines niedrigen Krankheitsstandes.

Bedeutung im Schweizer Umfeld

Anfangs der 90er-Jahre erwogen einige Schweizer Städte ein WHO Gesunde Stadt-Projekt zu lancieren. Aufgrund von Budget-Restriktionen, hohen administrativen Auflagen seitens der WHO und fehlendem politischem Willen wurden die Projekte jedoch nicht realisiert.

Die Ottawa Charta, die Basis des WHO Gesunde Stadt-Projekt ist, wurde aber in den meisten Schweizer Gemeinden und Städten zur Grundlage in der Gesundheitsförderung. Heute gibt es in diesem Sinn viele Gesundheitsförderungsmassnahmen wie. z.B. Gesunde Schule, Gesundes Spital, Gesundes Quartier.

3.2 Agenda 21

Entstehung

In den vergangenen dreissig Jahren haben die Menschen die Erkenntnis gewonnen, dass es in einer Welt mit so viel Armut und Umweltschäden keine gesunde Gesellschaft oder Wirtschaft geben kann. Die wirtschaftliche Entwicklung darf nicht stillstehen, aber sie muss ihren Kurs ändern und mehr Rücksicht auf die Ökologie nehmen. 1992 fand in Rio de Janeiro im Rahmen der UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung die grösste Gipfelkonferenz aller Zeiten statt (Centre for Our Common Future, 1993, p.7).

Die Agenda 21 ist das zentrale Abschlussdokument dieser Konferenz. An dieser Gipfelkonferenz haben sich Vertreter/innen von Regierungen, Vereinten Nationen, Nichtregierungsorganisationen, Lokalbehörden, Wissenschaft und Wirtschaft Gedanken über die Zukunft der Weltgemeinde gemacht. Im Vordergrund stand die Erkenntnis, dass die Menschheit die verschiedenen anstehenden Fragen für das 21. Jahrhundert nicht isoliert betrachten darf: Sie kann nur nachhaltige Antworten finden, wenn sie soziale, wirtschaftliche und ökologische Aspekte gemeinsam berücksichtigt (Verein Lokale Agenda 21, 1999, p.12).

Die Agenda 21 ist ein Aktionsplan zur Lösung aller wichtiger Umwelt- und Entwicklungsprobleme. In 40 Kapiteln sind Strategien und Lösungsansätze zu folgenden vier Themen formuliert:

1. Sozial- und Wirtschaftsfragen

Internationale Zusammenarbeit, Bekämpfung der Armut und Verteilungsproblematik zwischen Arm und Reich, Bevölkerungsentwicklung, Gesundheitsförderung, Ändern des Konsumverhaltens, nachhaltige Siedlungsformen.

2. Erhaltung und Bewirtschaftung von Ressourcen

Schutz der Atmosphäre, nachhaltige Bewirtschaftung des Bodens, Bekämpfung der Entwaldung, Wüstenbildung und Trockenheit, Entwicklung von Berggebieten und ländlichem Raum, Erhaltung der biologischen Vielfalt, umweltgerechter Umgang mit Biotechnologie, Schutz und Nutzung von Süß- und Salzwasser, Umgang mit problematischen Abfällen und Abwässern.

3. Stärkung der Partnerschaft

Partnerschaft mit Nichtregierungsorganisationen, Rolle der Lokalbehörde (Stichwort „Lokale Agenda 21“), Arbeit und Gewerkschaften, Vollbeschäftigung, Handel und Industrie, Rolle von Frauen, Jugendlichen, Bauern und Ureinwohner/innen.

4. Mittel zur Umsetzung

Finanzierung der nachhaltigen Entwicklung, Transfer umweltgerechter Technologie, Rolle der Wissenschaft, Erziehung, Ausbildung und Sensibilisierung, internationale Gesetzgebung, Entwicklung von Indikatoren zur Messung der nachhaltigen Entwicklung (Verein Lokale Agenda 21, 1999, p.12-13).

Die Agenda 21 betont als erstes Aktionsprogramm die Wichtigkeit der Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte (Staat, Wirtschaft, nichtstaatliche Organisationen und Bevölkerung) für die Entwicklung. Sie fordert speziell auch Städte und Gemeinden auf, auf lokaler Ebene ihren Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung zu leisten.

Definition und Ziele der „Lokalen Agenda 21“

Weil zahlreiche Zusammenhänge zwischen lokaler und globaler Ebene bestehen, weist die Agenda 21 den Gemeinden eine Schlüsselrolle für die nachhaltige Entwicklung zu. Diese finden ihren politischen Auftrag im Kapitel 28 der Agenda 21 (Verein Lokale Agenda 21, 1999, p.14):

„Jede Lokalbehörde soll ihre Bürgerinnen und Bürger befragen und eine Lokale Agenda 21 für ihre Gemeinschaft ausarbeiten. Die Vertreter der Lokalbehörden sollen mit Bürgerinnen, Bürgern und Gemeinschaften, Handels- und Industriebetrieben Kontakt aufnehmen, um einen Konsens über nachhaltige Entwicklungsstrategien zu erzielen.“

Das Ziel einer Lokalen Agenda 21 ist ein Aktionsprogramm mit konkreten, aufeinander abgestimmten Massnahmen, das sich zu folgenden Themen äussert:

- Steigerung der Wohn- und Lebensqualität
- Förderung der menschlichen Gesundheit und einer gesunden Umwelt
- Sicherung der wirtschaftlichen Existenz
- Gerechtigkeit und sozialer Frieden
- Globale Auswirkungen lokaler Entscheide (Verein Lokale Agenda 21, 1999, p.16)

Jede Stadt, Gemeinde oder jedes Quartier kann diese Liste mit Themen ergänzen, die ihr besonders am Herzen liegen.

Bedeutung im Schweizer Umfeld

Aufgrund des föderalistischen Systems haben Gemeinden und Städte in der Schweiz besonders grosse Entscheidungs- und Handlungskompetenzen und damit weite Gestaltungsmöglichkeiten. Verschiedenste gesellschaftliche Kräfte, wie z.B. Behörden, Unternehmen, Vereine, Basisinitiativen und Bevölkerung, bilden auf lokaler Ebene ein einmaliges Netz mit einem riesigen Fundus an Fähigkeiten und Ideen. Durch eine Zusammenarbeit dieser Kräfte im Rahmen von Lokale Agenda 21-Prozessen oder einzelnen Projekten können aktuelle Fragen beantwortet und gemeinsame Ziele und Pläne für die langfristige Sicherung der Lebensqualität entwickelt werden, die von allen getragen werden.

In der Schweiz gibt es heute insgesamt 20 Prozesse, die offiziell unter dem Titel Lokale Agenda 21 laufen. Schätzungsweise 20 weitere Projekte enthalten wesentliche Elemente einer Lokalen Agenda 21. Im Kanton Zug hat die Gemeinde Cham einen Lokale Agenda 21 Prozess lanciert.

3.3 Umwelt-Management-System - ISO 14001

Entstehung und Entwicklung

Im Gegensatz zu den beiden vorgängig erläuterten Konzepten handelt es sich beim Umweltmanagementsystem - ISO 14001 um ein Konzept, das auf Unternehmen (inkl. Verwaltungen und Organisationen) und ihre Tätigkeiten abzielt und vor allem ökologische Aspekte beinhaltet. Es wird hier ebenfalls vorgestellt, um aufzuzeigen, dass nachhaltige Entwicklung auch auf Unternehmensebene von Relevanz ist.

Begriff und Konzeption des Umweltmanagements sind noch sehr jung. Man kann eigentlich erst seit Ende der 80er Jahre von einem eigentlichen Umweltmanagement sprechen. Erst mit der 1996 publizierten ISO 14001-Norm wurde der Bereich Umweltmanagement begrifflich und inhaltlich klarer gefasst: Es wurde ein umfassendes, systematisches Konzept für das betriebliche Umweltmanagement vorgelegt und zugleich normiert. Mit dem Umwelt Management System - ISO 14001 rücken die Managementprozesse und Organisationsstrukturen der Unternehmen in den Vordergrund. Es geht darum, eigene Umweltziele zu definieren und umzusetzen, die über das Niveau der relevanten Umweltgesetze hinausgeht. Mit ISO 14001 drückt sich ein eigentlicher Paradigmawechsel in der Umweltpolitik aus: Anstelle ordnungsrechtlicher Regulierungen (Gebote, Verbote, Grenzwerte etc.) werden marktwirtschaftliche Anreize gesetzt, um Unternehmen dazu zu bewegen, Umweltverantwortung stärker in unternehmerischer Eigenregie wahrzunehmen (Bentz, Dyllick, 2001, p.2).

Definition und Zweck

Der Begriff „Umweltmanagementsystem“ kann im engeren und weiteren Sinn verstanden werden. Im engeren Sinn wird er wie folgt definiert:

„Der Teil des übergreifenden Managementsystems, der die Organisationsstruktur, Planungstätigkeiten, Verantwortlichkeiten, Methoden, Verfahren, Prozesse und Ressourcen zur Entwicklung, Implementierung, Erfüllung, Bewertung und Aufrechterhaltung der Umweltpolitik umfasst.“ (Schweizerische Normen-Vereinigung, 2000, 3.5)

Im weiteren Sinn wird der Begriff Umweltmanagementsystem für die gesamte ISO 14001-Norm bzw. für alle darin enthaltenen Anforderungen verwendet. Hier umfasst der Begriff also die Umweltpolitik, alle Elemente der Planungsphase, der Einführungs- und Umsetzungsphase, der Überwachungs- und Korrekturphase und der Bewertungsphase (Bentz, Dyllick, 2001, p.3).

Der Zweck des Umweltmanagementsystems ISO 14001 ist dreifach:

1. Instrument unternehmerischer Selbstkontrolle

Der Organisation soll ein wirkungsvolles Umweltmanagementsystem zur Verfügung gestellt werden, um sowohl ökologische als auch ökonomische Ziele zu erreichen.

2. Grundlage für den Nachweis nach aussen

Den Organisationen soll ermöglicht werden, die Wirksamkeit eines Umweltmanagementsystems für die Umsetzung einer selbstdefinierten Umweltpolitik und konkreter Zielsetzungen zu beurteilen und nach aussen nachzuweisen.

3. Förderung des Umweltschutzes als übergeordnetes Ziel

Der Umweltschutz und die Verhütung von Umweltbelastungen soll im Einklang mit sozioökonomischen Erfordernissen gefördert werden (Bentz, Dyllick, 2001, p.5).

Bedeutung im Schweizer Umfeld

Bis Ende Januar 2002 waren 716 Unternehmen in der Schweiz ISO 14001 zertifiziert. Darunter befinden sich auch 10 öffentliche Verwaltungen, eine davon das Departement Soziales, Gesundheit und Umwelt der Stadt Zug.

Die immer stärkere Verbreitung des Umweltmanagementsystems ISO 14001 ist als Ausdruck des steigenden ökologischen Bewusstseins in der Bevölkerung zu werten. Unternehmen erkennen, dass Ökologie und Ökonomie sich nicht ausschliessen, sondern dass ein ökologisches Wirtschaften zu den Erfolgsfaktoren eines Unternehmens gehört.

3.4 Social Accountability Standard - SA8000

Entstehung und Entwicklung

Ähnlich wie beim Umweltmanagementsystem ISO 14001 handelt es sich bei SA8000 um einen Standard, der auf Unternehmen (inkl. Verwaltungen und Organisationen) und ihre Tätigkeiten abzielt und vor allem soziale Aspekte beinhaltet.

Als Antwort auf das wachsende Bewusstsein unter den Konsumenten bezüglich fairen Produkten entstand 1997 auf private Initiative der Social Accountability International (SAI) der Social Accountability Standard SA8000. SAI hat diesen Standard zusammen mit multinationalen Unternehmen, Arbeitnehmern, Gewerkschaften und Nichtregierungs-

organisationen nach dem Vorbild von ISO 9001 und ISO 14001 entwickelt. SA8000 ist weltweit und für alle Branchen (mit Ausnahme von Heimarbeit und Rohstoffgewinnung) anwendbar. Unternehmen, die in der Produktion tätig sind, können sich mit dem SA8000 Standard zertifizieren lassen. Alle übrigen Unternehmen können SA8000-Mitglied werden und damit ihr Bestreben, sozial verantwortungsbewusste Lieferanten auszuwählen öffentlich kundtun (Huber, Rufer, 2001a p.13).

Bis Ende Februar 2002 wurden weltweit acht Zertifizierungsstellen akkreditiert, die ihrerseits 115 Unternehmen nach SA8000 zertifiziert haben. Neun Unternehmen wurden bis Ende Juli 2001 als SA8000-Mitglieder aufgenommen - unter anderem Vögele Mode aus der Schweiz.

Definition und Ziel

SA8000 regelt das Management der sozialen Aspekte bezüglich den Mitarbeitenden im eigenen Unternehmen und in der Lieferantenkette des Unternehmens.

Der Standard enthält präzise Umschreibungen zu folgenden Anforderungen:

- Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz sind sicherzustellen.
- Die Arbeitszeit darf max. 48 h/Woche auf regulärer Basis und die Überzeit (speziell bezahlt) 12 h/Woche betragen.
- Die Entlohnung muss den persönlichen Notbedarf decken und dem gesetzlichen Minimum entsprechen.
- Diskriminierung bei Anstellung, Entlohnung, Weiterbildung nach Geschlecht, Nationalität, Rasse usw. ist untersagt.
- Versammlungsfreiheit und Recht auf Tarifverhandlungen müssen gewährleistet sein.
- Kinder- und Zwangsarbeit sind verboten.
- Disziplinierungsmassnahmen durch physische oder psychische Strafen und Beleidigungen sind verboten (Social Accountabilitiy International 2002).

Mit externen Audits werden Unternehmen, die sich dem SA8000 Standard verpflichten, regelmässig überprüft. Damit ist auch aus Sicht der Stakeholder die Glaubwürdigkeit gegeben.

Immer mehr Unternehmen erkennen Nutzen und Notwendigkeit eines systematisch geplanten Managements ihrer sozialen Leistungen. Nicht nur Mitarbeitende und Gesellschaft profitieren davon - auch das Unternehmen selbst kann vielfältige Vorteile haben. Diese reichen von verbessertem Marktzugang, höheren Marktanteilen, geringeren Image-Risiken bis zur Gewinnung von qualifizierteren Mitarbeitenden und grösserer Effizienz (Huber, Rufer, 2001b p.15).

Bedeutung im Schweizer Umfeld

Das soziale Bewusstsein bei den Konsument/innen ist in den vergangenen Jahren stark gewachsen. In Qualitätsmanagement Fachkreisen fand jedoch der Sozialstandard SA8000 erst

im vergangenen Jahr Beachtung. Heute ist er Thema verschiedener Fachtagungen. Einige Beratungsfirmen haben sich das nötige Know How angeeignet, um in diesem Bereich Unternehmen beraten zu können und sie auf eine SA8000 Zertifizierung bzw. Mitgliedschaft vorzubereiten. Das Konzept ist vor allem für Firmen bedeutsam, die mit Lieferanten aus Entwicklungsländern zusammenarbeiten. Sie können damit zeigen, dass sie beim Einkauf soziale Standards beachten.

3.5 Beziehungen der vier Konzepte zueinander

Die vier vorgestellten Konzepte zielen alle auf eine nachhaltige Entwicklung ab. Sie haben bis heute nichts an Aktualität verloren.

Während das WHO Gesunde Stadt Projekt vor allem aus der Sicht der Gesundheitsförderung soziale, ökologische und ökonomische Aspekte angeht, widmet sich das Umweltmanagementsystem ISO 14001 und der Social Accountability Standard SA8000 aus der Sicht der Unternehmen sozioökonomischen und ökologischen Fragen. Das Konzept der Agenda 21 hingegen geht das Thema Nachhaltige Entwicklung in seiner ganzen Breite an. Mit seinem Aktionsplan zur Lösung aller wichtiger Umwelt- und Entwicklungsprobleme und dem Einbezug aller gesellschaftlichen Kräfte für diese Entwicklung kann es als Master-Plan für alle entsprechenden Themen angeschaut werden.

4 Nachhaltige Entwicklung und die Stadt Zug

Nachhaltige Entwicklung ist für die Stadt Zug kein neues Thema. In „Die Zukunft der Stadt Zug Gestalten - Ziele des Stadtrats“ bringt der Stadtrat mit seiner wegleitenden Absicht zum Ausdruck, dass eine nachhaltige Entwicklung zum Leitgedanken seiner Politik gehört. In den vergangenen Jahren wurden von der Stadt verschiedene Bestrebungen unternommen, zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Im impliziten Sinne der lokalen Agenda 21 wurden in mehreren Bereichen Politiken umgesetzt und Projekte realisiert. Dabei wurden die Bestrebungen nicht explizit mit dem Label „Nachhaltige Entwicklung“ oder „Lokale Agenda 21“ versehen. Deshalb wurde aber nicht weniger in Bezug auf eine nachhaltige Entwicklung erreicht.

An einigen Beispielen können die Bestrebungen der Stadt Zug im Sinne der lokalen Agenda 21 gezeigt werden:

Wohn- und Lebensqualität

Die Stadt ist bestrebt, die gute Wohn- und Lebensqualität in der Stadt Zug noch zu steigern. Dies zeigt sich einerseits an den Zielsetzungen der bestehenden Bauordnung, die auf eine hohes Niveau an Wohn- und Lebensqualität abzielt, und andererseits an den konkreten Bestrebungen des Baudepartements, das bei allen Planungen versucht, im Dialog mit den Bauherren Aspekte der nachhaltigen Entwicklung zu berücksichtigen bzw. einfließen zu lassen.

Sichtbare Beispiele der Bestrebung die Wohn- und Lebensqualität zu erhöhen sind die Neugestaltung der Seeuferanlage sowie der Neu- und Ausbau der Sportanlagen.

Ebenfalls seien an dieser Stelle die beiden Phasen der Planungsstudie Stadtverkehr (1995 - 1998) erwähnt, die durch ein umfassendes Mitwirkungsverfahren begleitet wurden. Sie entsprachen vollumfänglich den Prinzipien einer Lokalen Agenda 21. Schlussendlich wird auch auf die Vorlage zur Wohnbaupolitik (GGR-Vorlage Nr. 1600 vom 15. Mai 2001) hingewiesen, in der Stadtrat seine Stossrichtung im Wohnungsbau dargelegt hat.

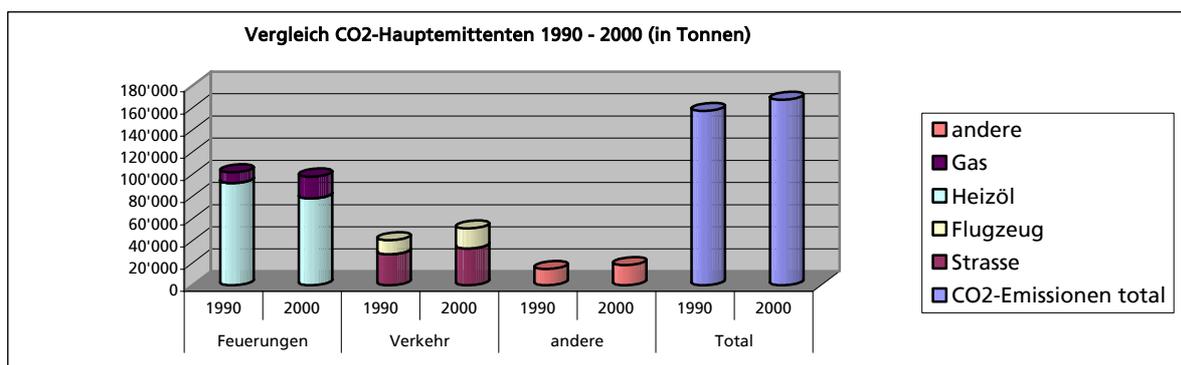
Wirtschaftsstandort Zug

Der Stadtrat hat in seinen Legislaturzielen bekräftigt, dass er das wirtschaftsfreundliche Klima weiterentwickeln will. Die Stadt Zug ist bestrebt, eine ausgeglichene Wirtschaftsstruktur zu erhalten. Diese bietet wiederum Arbeitsplätze für die gesamte Zuger Bevölkerung und trägt dadurch zu einer nachhaltigen Entwicklung bei.

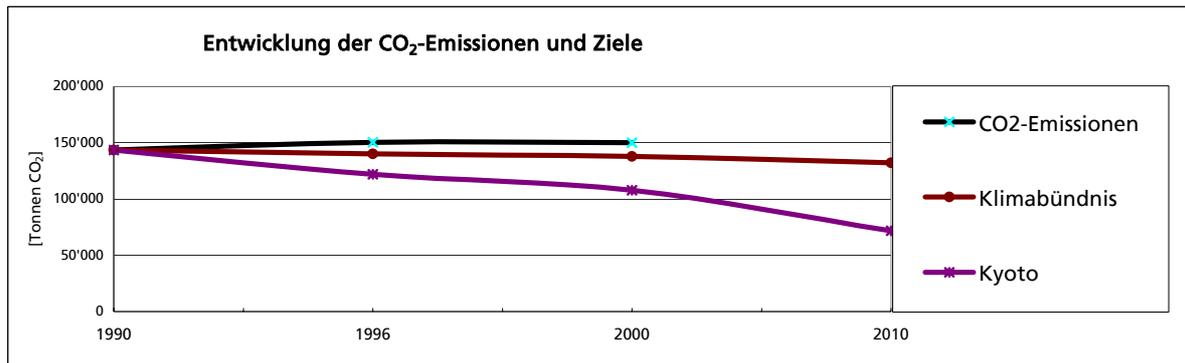
Klimabündnis

Die Stadt Zug ist Mitglied des Klima-Bündnis', ein Zusammenschluss europäischer Städte und Gemeinden, die eine Partnerschaft mit indigenen Völkern der Regenwälder eingegangen sind. Als Klima-Bündnis-Mitglied hat sich die Stadt Zug dazu verpflichtet, einen Beitrag zum Erhalt des globalen Klimas zu leisten. Dazu gehört die Verringerung der klimaschädigenden Emissionen auf ein nachhaltiges Niveau in der Stadt Zug und ein Beitrag zum Schutz der Regenwälder durch eine Unterstützung der indigenen Völker in ihrem Bestreben nach Selbstbestimmung und Entwicklung.

Die von der Stadt Zug geführte Klimagasbilanz zeigt jedoch bisher, dass Zug die Ziele des Klimabündnis hinsichtlich CO₂-Emissionen noch bei Weitem verfehlt. Mit einem ausführlichen Umwelt-Controlling werden die Leistungen und die Entwicklungen in den Kernbereichen regelmässig dokumentiert.



Grafik 5.1: Entwicklung der CO₂-Emissionen in der Stadt Zug zwischen 1990 und 2000

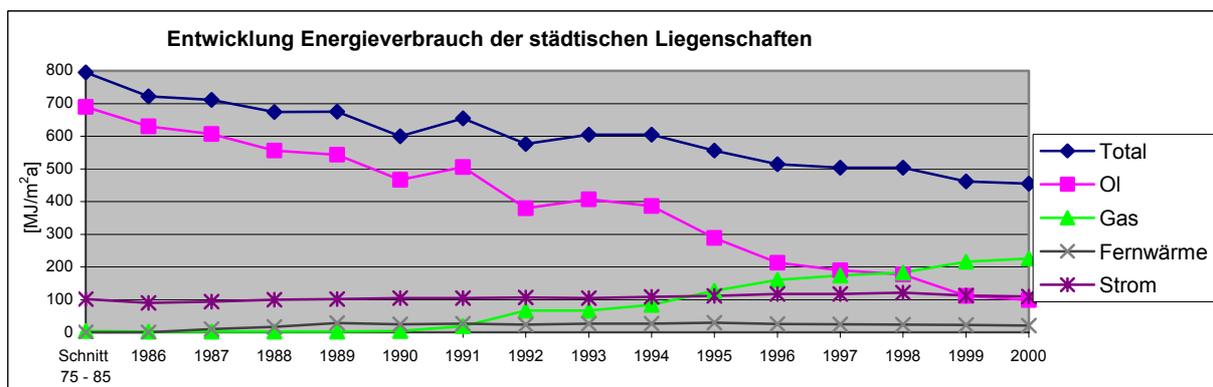


Grafik 5.2: Entwicklung der CO₂-Emissionen im Vergleich mit den Zielen von Kyoto und Klimabündnis

Energiestadt® Zug

Für ihre konsequente und ergebnisorientierte Energiepolitik hat die Stadt Zug im Sommer 1999 die Auszeichnung Energiestadt® erhalten. Als Energiestadt® verfolgt Zug mit konkreten Massnahmen die Ziele von EnergieSchweiz; Sie stabilisiert den Stromverbrauch, senkt den Einsatz von Öl und Gas und nutzt vermehrt erneuerbare Energien.

Die Energiebuchhaltung der Stadt Zug dokumentiert die Entwicklung des Energieverbrauchs der städtischen Liegenschaften und weist darauf hin, dass die Anstrengungen in diesem Bereich Wirkung zeigen. Im laufende Jahr findet eine Überprüfung des Labels statt.



Grafik 2.1: Energieverbrauch der städtischen Liegenschaften aufgeteilt nach Energieträger

Soziale Integration

Der Stadtrat hat für die laufende Legislaturperiode „Soziale Integration“ zu einem seiner politischen Schwerpunkte bestimmt. Mit den Bestrebungen in den Bereichen „fremdsprachige ausländische Personen“, „Personen, die von Erwerbslosigkeit betroffen sind,“ und „familienergänzende Kinderbetreuung“ werden konkrete Beiträge zu einer nachhaltigen Entwicklung im Sinne der lokalen Agenda 21 geleistet. Zudem soll die soeben abgeschlossene Studie zur Jugendgewalt die Grundlagen liefern für einen gezielten Ausbau der Kinder- und Jugendpolitik.

Bildung

Mit dem Aufbau der Integrativen Schule in Oberwil, der Einrichtung einer Tagesschule, dem Ausbau von schulergänzenden Betreuungsmöglichkeiten, der Einführung von Schulsozialarbeit usw. engagiert sich der Stadtrat an vorderster Front für eine lebendige und entwicklungsbereite Schule. Optimale Bedingungen für alle Schüler stehen im Vordergrund. Dies wird auch sichtbar am Engagement des Schuldepartements für eine integrationsfähige Schule.

Globale Auswirkung lokaler Entscheide

Die Stadt Zug hat während zehn Jahren eine Städtepartnerschaft mit Viseu de Sus in Rumänien gepflegt. In diesen zehn Jahren Hilfe zur Selbsthilfe, die 1999 endete, vertiefte sich in der Zuger Bevölkerung das Verständnis für die Vernetzung des lokalen Handelns mit den globalen Problemen. Heute drückt sich die globale Verantwortung von Zug unter anderem durch die grosszügige Unterstützung von Entwicklungsprojekten diverser Hilfswerke aus.

5 Handlungsfelder für die Stadt Zug

Die Anstrengungen für eine nachhaltige Entwicklung sind in den meisten Bereichen der Politik der Stadt Zug beinhaltet. Die oben erwähnten Beispiele zeigen zudem, dass die Umsetzung der Politik meist pragmatisch und zielorientiert geschieht. Dadurch wird die Verwaltung schlank gehalten und ein optimaler Impact erzielt.

Im Hinblick auf mögliche Handlungsfelder bezüglich nachhaltiger Entwicklung ist es daher selbstverständlich, dass diese Handlungsweise auch weiterhin verfolgt werden soll. Deshalb wird es für die Stadt Zug auch nicht sinnvoll sein, einen formalistischen und administrativ aufwändigen „Lokalen Agenda 21“- oder „Gesunde Stadt“-Prozess zu durchlaufen. Denn ein solcher hätte zur Konsequenz, dass viele Ressourcen für aufwändige Analysen gebunden würden, ohne die Garantie zu gewähren, dass am Ende des Prozesses auch entsprechende Projekte realisiert werden können. Die Stadt Zug soll vielmehr weiterhin auch in dieser Hinsicht ihre eingeschlagene Politik verfolgen, die mit schlanken administrativen Strukturen pragmatisch sinnvolle Projekte realisiert und so zum Ziel einer nachhaltigen Entwicklung beiträgt. Die Anliegen der beschriebenen Konzepte sollen aber weiterhin Herausforderung und Richtschnur für die Aktivitäten der Stadt Zug im Zusammenhang mit dem Thema „Nachhaltige Entwicklung“ sein.

Aufgrund der bisherigen Aktivitäten und den Ansprüchen der vorgestellten Konzepte wird es als Herausforderung erachtet, vor allem auf zwei Bereiche vermehrt das Augenmerk zu richten. Der eine Bereich betrifft das Thema der „Globalen Auswirkung lokaler Entscheide“ und der andere jenes der „Sozialen Integration“.

Globale Auswirkung lokaler Entscheide

Die Entwicklung der vergangenen zehn Jahren zeigt, dass globale Probleme an Bedeutung gewonnen haben. Für die Bevölkerung im Norden ist es aber nach wie vor schwierig zu

verstehen, dass Armut, Hunger, Krankheit und Analphabetismus in Ländern des Südens bzw. Ostens Themen sind, die auch sie angesichts der globalen Entwicklung betreffen. Es erstaunt deshalb auch nicht, wenn sich die Bevölkerung nicht bewusst ist, dass oft ihr lokales Handeln eine globale Auswirkung hat.

Während der zehnjährigen Aufbauarbeit und Partnerschaft in und mit der rumänischen Stadt Viseu de Sus wuchs in der Zuger Bevölkerung das Verständnis für Probleme von Entwicklungs- bzw. Transformationsländern. Durch die Partnerschaft ergaben sich auch praktische Möglichkeiten, den Problemen in einem solchen Land zu begegnen und einen Beitrag zur Entwicklung zu leisten.

Mit den Beitragsleistungen, die heute an diverse Entwicklungsprojekte von Hilfswerken ausgerichtet werden, ist dieser unmittelbare Bezug nicht mehr gegeben. Es wird deshalb angeregt, erneut eine Partnerschaft mit einer Stadt in einem Entwicklungs- oder Transformationsland einzugehen und so die Zuger Bevölkerung wieder vermehrt dafür zu sensibilisieren, dass sie mit ihrem Handeln auch einen positiven globalen Einfluss ausüben können.

Soziale Integration

„Soziale Integration“ deckt in ihrer thematischen Breite viele Aspekte der „Lokalen Agenda 21“ ab. Bisher konzentrierte sich der Stadtrat auf die Themenfelder „fremdsprachige ausländische Personen“, „Personen, die von Erwerbslosigkeit betroffen sind“ und „familienergänzende Kinderbetreuung“. Obwohl die bisherigen Bemühungen erfreuliche Resultate zeigen, gilt es in Bezug auf diese Themenfelder weiterhin viel Arbeit zu verrichten. Sowohl der Ausbau der familienergänzende Kinderbetreuung als auch die Integration von fremdsprachigen ausländischen Personen benötigt weiterhin grosse Anstrengungen. Im Sinne der Aussagen der strategischen Zielsetzungen des Stadtrates steht insbesondere die Ausrichtung auf eine engagierte Kinder- und Jugendpolitik im Vordergrund.

Verfasst von Matthias Boss-Schneeberger
Im Auftrag von Stadtrat Eusebius Spescha

6 Literaturverzeichnis

Bentz Sabine, Dyllick Thomas (2001). *Umweltmanagementsysteme: Eine Einführung*

Bundesamt für Statistik (1999). *Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz - Materialien für ein Indikatorensystem.*

Centre for Our Common Future (1993). *Erdgipfel 1992, Agenda für eine nachhaltige Entwicklung*

Huber Heidi, Rufer Daniel (2001a). *SA8000 als Schritt zur sozialen Nachhaltigkeit*

Huber Heidi, Rufer Daniel (2001b). *Soziale Nachhaltigkeit konkret umsetzen*

Schweizerische Normen-Vereinigung (2000). *Umweltmanagementsysteme - Spezifikation mit Anleitung zur Anwendung (ISO 14001:2000)*

Social Accountability International (2002). <http://www.cepaa.org/Standard%20German.doc>

Verein Lokale Agenda 21 (1999). *Handbuch Lokale Agenda 21*

WHO (2002a). <http://www.who.int/hpr/archive/cities/what.html>

WHO (2002b). <http://www.who.int/hpr/archive/cities/index.html>

WHO (2002c). http://www.who.dk/epriase/main/who/progs/hcp/How2MakeCities/20020114_2